

Interpellation betreffend Verwendung der eingesparten Gelder aufgrund der Zahlungen des Bundes für die neue Mutterschaftsversicherung

05.8275.01

Ab Juli 2005 ist die neue Mutterschaftsversicherung des Bundes obligatorisch. Ab diesem Zeitpunkt werden die Kosten für die Zahlung von 80 Prozent des Lohns einer Angestellten in den ersten 14 Wochen nach der Niederkunft aus der Erwerbsersatzkasse des Bundes finanziert. Dies bringt auch für die Kantone als Arbeitgeber einige Einsparungen. Der Kanton Basel-Stadt ist mit seinen Leistungen bei Mutterschaft vorbildlich, können doch alle beim Kanton angestellten Mütter nach der Geburt eines Kindes 16 Wochen den vollen Lohn beziehen. Die bisher schon guten Leistungen des Kantons wurden sogar noch leicht verbessert, doch wenn nun der Bund für 14 Wochen 80 Prozent des Lohnes übernimmt, bewirkt das trotzdem eine nicht zu unterschätzende Entlastung der Kantonsfinanzen.

Die sinnvolle Verwendung dieser frei gewordenen Mittel muss nun diskutiert werden, denn damit könnten zum Beispiel Projekte zur Förderung der Chancengleichheit oder zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf finanziert werden. Wenn dieses Geld einfach zur Schuldentilgung verwendet wird oder in die allgemeine Staatskasse einfließt, vergeben wir uns eine echte Chance, gesellschaftspolitisch wichtige Prozesse voranzutreiben. Aus diesen Gründen bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch ist die zu erwartende Entlastung der Kantonsfinanzen aufgrund der Bundesgelder aus der Erwerbsersatzkasse?
2. Bestehen Ideen, wie die frei gewordenen Mittel verwendet werden können?
3. Ist die Regierung auch der Ansicht, dass dieses Geld zur Förderung der Chancengleichheit oder zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingesetzt werden soll?

Heidi Mück